

Mai-Feiern wurden zu Protestkundgebung gegen 10. AHV-Revision

Tausende an den rund 50 Mai-Feiern in der Schweiz – Bundesrätin Dreifuss als Gegenpol zur Gewerkschaftsbewegung



1. Mai-Umzug gestern in St. Gallen (v.l.): Walter Fuchs (SP-Präsident St. Gallen), Bundesrätin Ruth Dreifuss und Stadtamman Heinz Christen. (Bild: AP)

Bern (AP) Die 1.-Mai-Feiern in der Schweiz sind gestern zur Protestkundgebung gegen die geplante Erhöhung des Frauen-Rentenalters geworden. Tausende nahmen an den rund 50 Feiern teil, in deren Zentrum die Volksabstimmung vom 25. Juni über die 10. AHV-Revision stand. Aber auch der drohende Sozialabbau und die Probleme der Arbeitslosen wurden thematisiert.

Die Haltung der Gewerkschaften zur geplanten Heraufsetzung des Frauen-Rentenalters wurde praktisch an jeder Mai-Feier von den Rednerinnen und Rednern in den Vordergrund gerückt. In Bern, wo die Mai-Feier erstmals vom Bundesplatz verbannt wurde, bezeichnete es SGB-Vizepräsidentin Doris Schüepp vor rund 2000 Menschen als schlechten und unfairen Tausch, wenn die Frauen für zwei Jahre Mehrarbeit das Rentensplitting und die Betreuungsgutschriften erhielten. An der laut den Organisatoren von gegen 7000 Menschen besuchten Mai-Veranstaltung in Zürich sprach GBI-Zentralsekretärin Susanne Leutenegger Oberholzer sogar von einem «erpresserischen Paket» der politi-

schen Rechten, um den Sozialabbau einfacher durchzusetzen. Nach der offiziellen Kundgebung, an der laut Polizei bloss knapp 3000 Personen teilgenommen haben sollen, bildete sich vorübergehend ein mehrere hundert Menschen starker Protestzug. Dabei wurden einige Schaufenster eingeschlagen, und die Polizei setzte auch einmal Gummischrot ein.

Im Gegensatz zu ihren früheren Gewerkschaftskolleginnen und Kollegen kämpfte Bundesrätin Ruth Dreifuss an den Mai-Feiern in Delsberg und St. Gallen für die AHV-Revision. Aus fester Überzeugung und nicht als Lippenbekenntnis oder aus Bundesratspflicht unterstützte sie die Vorlage, sagte Dreifuss. «Wir haben fast 20 Jahre um die wichtigsten Elemente dieser Reform gerungen. Sie muss nun ans Ziel kommen und ihre Fortschritte jetzt verwirklichen», sagte Dreifuss.

Dass diese Errungenschaften mit einem «beleidigenden Rückschritt» bezahlt werden müssten, habe die Rechte im Parlament durchgesetzt. Die Linke sei nicht stark genug gewesen, um dieses schwierige Dilemma zu verhindern.